

Irak als nächstes Angriffsziel?

Uneinigkeit an der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik

MÜNCHEN: Amerikanische Politiker machten an der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik am Wochenende abermals deutlich, dass der Irak das nächste Ziel im «Anti-Terror-Krieg» sein könnte.

Strittig blieb die Frage des weiteren Vorgehens im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Insbesondere Scharping und sein russischer Amtskollege Sergej Iwanow wandten sich gegen ein Eingreifen im Irak.

Scharping sagte, man dürfe nicht «am falschen Ende» mit militärischer Planung beginnen. Allgemein sagte Scharping, ohne die Überwindung der «tiefen Spaltung» zwischen armen und reichen Ländern und der Ressourcenverknappung könne globale Sicherheit auf Dauer nicht erreicht werden.

Hochrangige amerikanische Politiker machten hingegen keinen Hehl daraus, dass der Irak das nächste Ziel der USA im «Anti-Terror-Krieg» sein könnte.

Weitere Themen, welche an der Konferenz behandelt wurden, betrafen vor allem die Frage der Militärbudgets. Der NATO droht nach Auffassung von Generalsekretär George Robertson die Handlungsunfähigkeit, falls die europäischen Partner ihre Militärbudgets nicht erhöhen. Robertson und der



US-Senator Joseph Lieberman, NATO-Generalsekretär George Robertson sowie der deutsche und der russische Verteidigungsminister Rudolf Scharping und Sergej Iwanow (von links) fanden trotz der Ernsthaftigkeit der Konferenz noch Anlass zum Lachen.

deutsche Verteidigungsminister Rudolf Scharping forderten die USA an der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik zudem auf, den Europäern bei der Modernisierung ihrer Armeen zu helfen. Um die Technologielücke in der NATO wieder zu schliessen, müssten die USA zudem Beschränkungen beim

Export von Rüstungstechnologie abgeben, sagte Robertson.

Während die europäischen NATO-Staaten ihre Militärbudgets weitgehend stabil halten, plant US-Präsident George W. Bush eine Steigerung der US-Militärausgaben um zwölf Prozent auf 379 Milliarden Dollar. Das ist der

höchste Zuwachs der US-Verteidigungsausgaben seit 21 Jahren.

Wenn die Europäer nicht wollten, dass sich die USA in Richtung Unilateralismus oder Isolation bewegten, müssten sie ihre Fähigkeiten zum Krisen-Management ausbauen, sagte Robertson weiter. Er gebe US-Politikern Recht, die von einer «militärischen Unfähigkeit» der Europäer sprächen.

Kontroverse Ansichten wurden auch im Zusammenhang mit dem UNO-Mandat für Kampfeinsätze sichtbar. Der stellvertretende US-Verteidigungsminister Paul Wolfowitz wehrte sich dagegen, dass für Kampfeinsätze UNO-Mandate nötig seien. Daran nehme er «grossen Anstoss».

Ungeachtet eines Demonstrationsverbotes protestierten am Wochenende rund 7000 Personen überwiegend friedlich gegen die Konferenz. Die Polizei nahm nach eigenen Angaben insgesamt 792 Demonstranten vorübergehend in Gewahrsam, wobei die Mehrzahl am Sonntag bereits wieder auf freiem Fuss war.

3500 Polizisten aus ganz Deutschland hatten die Münchner Innenstadt und die Zufahrtstrassen der bayerischen Landeshauptstadt kontrolliert. Das Tagungshotel wurde weiträumig abgesperrt und blieb von den Protesten unberührt.

Iran im Visier der USA

WASHINGTON: US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld hat Iran vorgeworfen, Taliban- und El-Kaida-Kämpfer aus Afghanistan aufgenommen zu haben. Daran gebe es für ihn keine Zweifel, sagte Rumsfeld am Sonntag in einer Sendung des US-Fernsehsenders ABC. Die USA verfügten ferner über eine Reihe von Berichten, wonach Iran durch die Bewaffnung bestimmter Gruppierungen in Afghanistan zur Destabilisierung des Landes beitrage. Die iranische Führung hat Verbindungen zu den Taliban oder dem Terrornetzwerk El Kaida des islamischen Extremistenführers Osama bin Laden zurückgewiesen. Das Verhältnis zwischen Iran und dem Nachbarland Afghanistan während der Herrschaft der Taliban war gespannt. Ein Grund dafür war, dass die Taliban bis zum 11. September von Pakistan unterstützt wurden, einem Rivalen Irans in der Region.

US-Truppen zu Manövern in Kenia

WASHINGTON: Mehr als 2000 Marineinfanteristen der USA nehmen nach Angaben von Pentagon-Beamten in Kenia an gemeinsamen Manövern mit Truppen des afrikanischen Landes teil. Die US-Truppen kämen direkt vom Anti-Terror-Krieg in Afghanistan. Die Übung begann am Sonntag, berichtete die Zeitung «New York Times». Das Manöver sei bereits seit einem Jahr geplant und kein Anzeichen für eine bevorstehende Militäraktion im benachbarten Somalia, sagten die Beamten. In Somalia vermuten die USA Mitglieder der El-Kaida-Organisation des Terroristenführers Osama bin Laden.

Neue Gespräche in Nahost

Scharon spricht wieder mit Palästinensern

JERUSALEM: Inmitten der seit 16 Monaten andauernden Gewalt zwischen Israelis und Palästinensern hat sich am Wochenende erstmals seit langer Zeit wieder Gesprächsbereitschaft auf höchster Ebene angedeutet. Der israelische Ministerpräsident Ariel Scharon empfing, wie am Samstag bekannt wurde, am vergangenen Mittwoch eine ranghohe palästinensische Delegation in seinem Haus.

Der palästinensische Präsident Jassir Arafat verurteilte in einem Beitrag für die «New York Times» Anschläge auf israelische Zivilisten als Terrorismus. «Diese Gruppen repräsentieren nicht das palästinensische Volk und sein legitimes Streben nach Freiheit», schrieb

Arafat in der US-Zeitung über die Attentäter. «Sie sind terroristische Organisationen.» Kein Grad der Unterdrückung und Verzweiflung könne jemals das Töten unschuldiger Zivilisten rechtfertigen, erklärte Arafat weiter. Er nannte allerdings keine militanten Gruppen beim Namen, deren Aktivitäten zu beenden er entschlossen sei. Von den jüngsten Überfällen und Selbstmordanschlägen wurden einige von den Al-Aksa-Brigaden verübt, die zu Arafats El Fatah gehören.

US-Aussenminister Colin Powell begrüßte die jüngsten Äusserungen Arafats. Es sei gut, dass Arafat den Terrorismus verurteile, sagte Powell dem US-Sender CBS. «Was wir jetzt brauchen, ist Handeln gegen den Terrorismus.»

Waffenruhe in Gardes

Afghanistan: 61 Tote bei Kämpfen

GARDES/AFGHANISTAN: Nach tagelangen schweren Kämpfen um die afghanische Provinzhauptstadt Gardes haben die Konfliktparteien am Sonntag unter UN-Vermittlung einen vorläufigen Waffenstillstand vereinbart. Die Übereinkunft wurde bei einem Treffen internationaler Vermittler mit Vertretern der Gemeindeversammlung (Schura) und des paschtunischen Kriegsherrn Batscha Chan in einer Moschee der Stadt erzielt. Bei den Kämpfen zwischen diesen beiden Seiten kamen in zwei Tagen mindestens 61 Menschen ums Leben.

Chan, der das Amt des Gouverneurs der Provinz Paktia beansprucht, sagte vor seinen Gesprächspartnern mit den UN-Vermittlern, er sei zu weiteren Kämpfen bereit. Dabei deutete er auf etwa

200 Soldaten vor der alten Festung von Gardes, wo sich die Truppen der Schura verschanzt halten. Später erklärte Chan, er habe der zunächst bis kommenden Freitag befristeten Waffenruhe unter Bedingungen zugestimmt. Er werde den Kampf wieder aufnehmen, wenn ein Austausch von Gefangenen und eine Übergabe Gefallener nicht in seinem Sinne erfolge. Die Gespräche mit den UN-Vermittlern sollen am Montag fortgesetzt werden.

Der von der Interimsregierung in Kabul unterstützte Chan wirft Mitgliedern der Schura vor, sie seien Sympathisanten der Taliban und von Osama bin Ladens Organisation El Kaida. Die Schura beschuldigt ihrerseits Chan, für den US-Luftangriff auf eine Delegation der Stadt verantwortlich zu sein.

Tote bei Gefechten in Kaschmir

SRINAGAR: Bei mehreren Gefechten in Kaschmir sind an der Grenze zwischen Pakistan und Indien nach Polizeiangaben 13 Moslem-Rebellen und zwei indische Soldaten getötet worden. Die indische Polizei sagte, das pakistanische Militär habe an verschiedenen Stellen den islamistischen Extremisten Feuerschutz gegeben. Beide Länder, die schon zwei Kriege wegen des geteilten Kaschmir geführt haben und heute Atomwaffen besitzen, haben seit Dezember eine Million Soldaten an der Grenze zusammengezogen. Sie machen sich gegenseitig für die Verschärfung der Lage verantwortlich.

Scharfe Kritik an Handelspolitik der USA und Europas

«Reiche Staaten sollen Importbarrieren abbauen» – Proteste gegen Weltwirtschaftsforum in New York

NEW YORK: Kritische Stimmen gegen die Handelspolitik der USA und Europas haben am Wochenende das Weltwirtschaftsforum in New York bestimmt. IWF-Direktor Horst Köhler warf den Vereinigten Staaten vor, die heimische Agrar- und Textilindustrie mit nicht mehr zeitgemässen Subventionen und Zollbarrieren zu schützen. Damit werde es den armen Staaten verwehrt, sich an der Globalisierung des Handels zu beteiligen, sagte Köhler.

Unter starkem Beifall im Kreis der 2700 Manager, Politiker und Wissenschaftler forderte Köhler, den Entwicklungsländern einen besseren Zugang zu den Weltmärkten zu geben. Auch die Europäische Union müsse einsehen, dass sie sich einem Verzicht auf Agrarsubventionen nicht länger widersetzen könne. «Wenn wir es wirklich ernst meinen, dass die Globalisierung für alle nützlich ist, dann müssen die fortgeschrittenen Länder erkennen, dass sie nicht so weitermachen können wie bisher.»

Der peruanische Präsident Alejandro Toledo klagte darüber, dass Amerikaner und Europäer von seiner Regierung ständig eine Öffnung des Marktes für Einfuhren verlangten – sich

selbst aber gegen Importe aus Peru abschotteten. Der indische Finanzminister Yashwant Sinha kritisierte auch die Beschränkungen der USA und Europas gegen die Einfuhr von Stahl aus Indien.

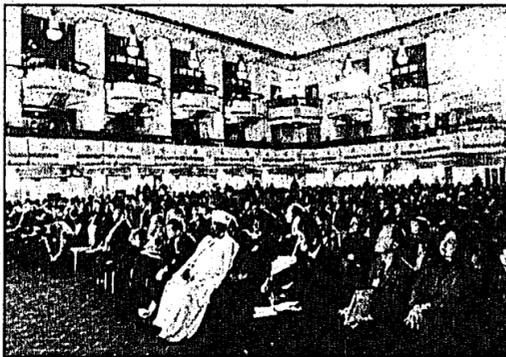
Auf einer Podiumsdiskussion forderten Microsoft-Chef Bill Gates und Rockstar Bono die reichen Länder auf, der Dritten Welt vor allem bei Bildung und Gesundheit mehr zu helfen, um Probleme wie Aids zu lösen. US-Finanzminister Paul O'Neill stimmte zu, dass die USA und die anderen wohlhabenden Länder mehr tun müssten. Ga-

tes warf den USA vor, zu wenig Entwicklungshilfe zu leisten. Bono kritisierte Armut und Elend von Kindern in armen Ländern als einen «internationalen Skandal und eine moralische Schande».

Die Proteste von Globalisierungsgegnern vor dem Waldorf-Astoria-Hotel blieben friedlich. Mehrere tausend Demonstranten kritisierten das Weltwirtschaftsforum als «Cocktail-Party für die Reichen». Die Polizei nahm 36 Personen fest. Cyber-Aktivisten legten am Freitag zeitweise die Web-Site des Weltwirtschaftsforums

lahm.

Auf der Gegenveranstaltung im brasilianischen Porto Alegre klagten Teilnehmer des Weltsozialforums am Wochenende die Entwicklung von genmanipuliertem, patentgeschütztem Saatgut als Mittel der Ausbeutung von Bauern in der Dritten Welt an. Bauernaktivist Wilson Campos erklärte, die in den neuen Saaten eingebauten «Terminator»-Gene bewirkten, dass die Bauern von der Ernte nichts für die nächste Aussaat aufheben könnten, wie es in den meisten Entwicklungsländern Tradition sei.



Während die geladenen Gäste den Ausführungen der Experten zuhörten, wurde draussen friedlich demonstriert.

Kommunalwahlen in Kambodscha

PHNOM PENH: Ohne Zwischenfälle sind die ersten Kommunalwahlen in der Geschichte Kambodschas verlaufen. Nach Angaben von Wahlbeobachtern zeichnete sich nach Auszählung der ersten Stimmzettel ein Sieg der regierenden Volkspartei ab. Die ex-kommunistische Volkspartei von Regierungschef Hun Sen könne mit mehr als der Hälfte der Stimmen rechnen. Auch die Opposition habe gut abgeschnitten. Das offizielle Ergebnis sollte frühestens am Dienstag vorliegen.

US-Reporter Pearl soll tot sein

WASHINGTON: Der in Pakistan verschleppte US-Reporter Daniel Pearl ist nach US-Fernsehberichten tot. Seine Leiche sei in der pakistanischen Hafenstadt Karachi gefunden worden, berichteten mehrere Fernsehsender am Sonntag unter Berufung auf die Polizei in Karachi. Pearl war in der süd-pakistanischen Hafenstadt am 23. Januar zuletzt gesehen worden. Entführt hat ihn die militante Gruppe «Nationale Bewegung für die Wiederherstellung der Souveränität Pakistans».